



Finanzminister Schäuble, Präsident Macron am 2. Oktober im Élysée-Palast

Der letzte Aufschlag

Europa Von wegen Altersmilde: Bei seinem letzten Eurofinanzministertreffen will Wolfgang Schäuble einen lang gehegten Plan forcieren – die EU-Kommission soll entmachtet werden.

Auf seine letzten Tage als deutscher Finanzminister hat sich Wolfgang Schäuble einiges vorgenommen. Die Weltbanktagung Mitte Oktober in Washington steht fest auf dem Reiseplan des 75-Jährigen, und schon Anfang nächster Woche lässt er es sich nicht nehmen, zu seinem voraussichtlich letzten EU-Finanzministertreffen nach Luxemburg zu reisen.

Wer denkt, Schäuble würde bei der Zusammenkunft mit seinen Amtskollegen Altersmilde walten lassen und über ver-

gangene Zeiten plaudern, täuscht sich. Auf der Tagesordnung steht ein Thema, das ihn schon länger umtreibt: die Vertiefung der Eurozone im Allgemeinen, die Zukunft des Rettungsschirms ESM im Speziellen.

Der Nochminister ist für die Debatte bestens präpariert. Dem SPIEGEL liegt ein Papier aus dem Finanzministerium vor, das es in sich hat. Geht es nach Schäuble, soll der Rettungsschirm zu einem mächtigen europäischen Währungsfonds ausgebaut

werden, der der EU-Kommission in Brüssel weite Teile ihrer Aufgaben abnimmt.

Der Querschuss aus Deutschland bringt einen deutschen Akzent in eine Debatte, die Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mit seiner Rede über Europa vor zwei Wochen angestoßen hat. Mit seinem letzten Aufschlag als Finanzminister beantwortet Schäuble Macrons Visionen mit einem Gegenentwurf, der deutlich pragmatischer ausfällt. Manche Macron-Vorschläge werden verworfen, andere mit Vor-



NICOLAS MESSIASZ / BESTIM / ACTION PRESS

behalten versehen. Zudem konfrontiert Schäuble die EU-Reformer mit einem Plan, private Geldgeber bei der drohenden Staatspleite eines Mitgliedslandes in Mithaftung zu nehmen – eine Idee, die in Paris noch nie auf Gegenliebe stieß.

Und am wichtigsten: Die Deutschen um Schäuble streben eine Einigung mit den Franzosen an, die zulasten eines Dritten gehen soll, der EU-Kommission unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Juncker.

Schäuble findet schon länger, dass die Brüsseler Beamten bei ihrer Aufgabe versagen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchzusetzen. Gleichgültig, wie oft und wie krass EU-Mitglieder, allen voran Frankreich und Italien, gegen das Regelwerk verstießen, Juncker ließ stets Milde walten. Die Brüsseler Kommission gilt Schäubles Leuten deshalb immer mehr als

Totengräber eines Pakts, der den Bürgern in Deutschland einst als Garant für eine stabile Währung versprochen wurde.

Aus Frust über die EU-Kommission, die aus seiner Sicht ihre Aufgabe als Hüterin der EU-Verträge zunehmend politischem Tagesdenken opfert, will Schäuble Juncker und seinen Kommissaren zentrale Aufgaben entwinden. Er versteht es als seinen letzten Dienst an Europa, dessen Defizite Schäubles Leute mit einem Mann verbinden, der beim Fleddern des europäischen Regelwerks als Junckers Vordenker und Vollstrecker agiert.

An einem lauen Sommerabend hat der deutsche Bankenverband in Brüssel zum Empfang geladen, Junckers Kabinettschef Martin Selmayr steht erhöht auf einer kleinen Bühne und doziert. Die Defizitkriterien des europäischen Stabilitätspakts existierten eigentlich gar nicht, eröffnet Junckers oberster Berater dem staunenden Publikum. Schon als Student habe er das geprüft, drei Prozent Neuverschuldung, 60 Prozent Schuldenstand, nein, in den Europäischen Verträgen finde sich davon nichts. Die Folge des Befunds enthält Selmayr seinen Zuhörern nicht vor: Man dürfe die Regeln nicht starr anwenden, „wir sind keine rechtlichen Roboter“.

Die Deutschen dagegen halten die Schuldenregeln als Teil des Primärrechts für verbindlich, weil sie in einem Zusatzprotokoll zum Vertrag niedergelegt sind. Alle Euroländer haben die Vereinbarung unterzeichnet. Die Vorgaben will Schäuble nun klarer fassen. In einem Forderungskatalog mit dem sperrigen Titel „Nicht-Papier für den Weg zu einer Stabilitätsunion“ hat er von seinen Beamten seine Vorstellungen aufschreiben lassen.

In Brüssel und ausgewählten Hauptstädten kursiert Schäubles vergiftete Hinterlassenschaft in englischer Sprache auf drei Seiten. Die eigentlich widersprüchliche Bezeichnung „non-paper“ beschreibt ein inoffizielles Arbeitspapier, das wegen seines vertraulichen Charakters umso unverblühter die tatsächliche Position einer Behörde, in diesem Fall des Bundesfinanzministeriums, offenbart.

Tatsächlich machten Schäubles Beamte keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen den Brüsseler Umgang mit EU-Gesetzen. Was sie zu Papier brachten, liest sich auf weite Strecken wie eine Abrechnung mit den Vorstellungen der beiden EU-Großreformer Juncker und, mit Abstrichen, auch Macron.

Dreh- und Angelpunkt von Schäubles Plan ist der ESM. Der mit einer halben Billion Euro gefüllte Geldtopf soll verschuldete Staaten unterstützen, die von der Pleite bedroht sind. Von seinem Volumen ist derzeit nur ein Bruchteil ausgeliehen, das verschafft Spielräume. Vor allem aber beruht der ESM auf einem Vertrag

zwischen seinen Mitgliedern und ist nicht Teil der Brüsseler Gemeinschaftsorgane.

Was wie ein Appetithappen für juristische Feinschmecker klingt, führt in der Praxis zu einem wichtigen Unterschied: Während einer Änderung der europäischen Verträge alle EU-Mitglieder zustimmen müssen, kann der ESM-Vertrag leichter umformuliert werden. Um die Eurozone zu verteidigen, will Schäuble deshalb diesen Weg einschlagen.

„Das richtige Vehikel für diese intergouvernementale Lösung ist der Europäische Stabilitätsmechanismus“, argumentieren seine Beamten. Der Rettungsschirm verkörpere das Prinzip, Solidarität zu gewähren und im Gegenzug für solide Staatsfinanzen zu sorgen. Mit anderen Worten: Der ESM soll einschreiten, wo die Kommission regelmäßig kapituliert.

Damit aus dem ESM ein europäischer Währungsfonds wird, müsse der Rettungsschirm mehr Ressourcen auf die Prävention von Krisen verwenden, so Schäubles Beamte. Dafür allerdings besitzt er bislang kein Mandat. „Es ist deshalb wichtig, die ESM-Befugnisse auszuweiten und ihm eine größere Rolle bei der Beobachtung von länderspezifischen Risiken zuzuweisen.“

Ziel der Aktion: Die Gefahr, dass Mitgliedsländer ihre Kredite nicht mehr bedienen können, soll besser und früher erkannt werden, sodass die Staaten sie selbst beheben können. Voraussetzung dafür ist aber, dass der ESM künftig auch über die Einhaltung des Stabilitätspakts wacht, meinen Schäubles Leute – was auf eine Entmachtung der EU-Kommission hinausliefe.

In der Euro-Gruppe findet die Idee Unterstützer. Als Vorbild gilt der Internationale Währungsfonds, der, im Gegensatz zur Kommission, weitgehend ohne politische Erwägungen unabhängig Empfehlungen für Länder aussprechen kann. Auftrieb hat Schäuble auch deshalb, weil viele Euromitglieder bezüglich Juncker verstimm sind. Der Kommissionspräsident hatte in einer Rede Mitte September in Straßburg angeregt, den Chef der Euro-Gruppe künftig in der Kommission anzusiedeln – eine Idee, die wiederum den Einfluss des Ministergremiums geschmälert hätte. Kein Wunder, dass der Plan umgehend Abwehrreaktionen auslöste.

In seinem Einladungsschreiben für den informellen EU-Gipfel kürzlich in Tallinn machte Ratspräsident Donald Tusk unverblümt klar, dass er einer Aufwertung des ESM durchaus etwas abgewinnen könne. Schon im Dezember sollen sich die Staats- und Regierungschefs über Reformvorschläge für die Wirtschafts- und Währungsunion beugen. Im Juni nächsten Jahres könnten erste Ergebnisse vorliegen.

Dazu gehört auch, dass der ESM noch weitere Aufgaben bekommen könnte. Nach Schäubles Vorstellungen soll der

Fonds künftig über einen neu einzurichtenden „Mechanismus zur Schuldenumstrukturierung“ wachen, der im Falle einer Staatspleite eine „faire Lastenteilung zwischen ESM und privaten Gläubigern“ gewährleisten soll.

Was unter Fachleuten als „Insolvenzordnung für Staaten“ firmiert, ist nichts anderes als ein raffiniertes Disziplinierungsinstrument für staatliche Schuldner und ihre privaten Kreditgeber, ein Mechanismus, den es in der Währungsunion bislang nicht gibt. Er läuft darauf hinaus, dass die Geldgeber auf Teile ihrer Forderungen verzichten, wenn ein Staat in Schieflage gerät. Der ESM würde damit verantwortlich „für künftige Umschuldungsmaßnahmen und ihre Koordinierung“.

Ungeschickt ist Schäubles Vorschlag nicht. Auch die FDP, voraussichtlich neuer Regierungspartner von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und eigentlich eher skeptisch in Sachen Eurorettungspolitik, macht sich für ein solches Verfahren stark (siehe unten).

So sollen private Gläubiger künftig zwingend auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, wenn ein Schuldenstaat anders nicht zu sanieren ist. Bei ihren Überlegungen stützen sich Schäubles Beamte auf

eine Idee der Bundesbank. Die deutschen Währungswächter fordern, dass sich die Laufzeiten von Staatsanleihen eines Landes automatisch um drei Jahre verlängern, wenn es Hilfe vom ESM in Anspruch

Viele Länder wollen Emmanuel Macron zumindest symbolisch entgegenkommen.

nimmt. Damit sollen die Gläubiger automatisch in Mithaftung genommen werden.

Ob es dafür, wie von Schäuble gefordert, eine zwingende Regelung geben soll, ist in der Euro-Gruppe umstritten. Viele Regierungen betonen, dass Investoren dann von Anfang an davor zurückschrecken könnten, fragilen Ländern Geld zu leihen. „Es muss drohen, es darf aber kein Automatismus sein“, heißt es.

Schließlich soll der ESM mit seinen Milliarden künftig auch als Notgroschen bei der Bankenrettung herhalten, schlägt Schäuble vor. Juncker wollte diese Aufgabe dem EU-Haushalt übertragen.

Für Ratspräsident Tusk hat die Idee „oberste Priorität“, wie er den Staats- und Regierungschefs in seinem Einladungsschreiben mitteilte. Im Kern geht es darum, den künftig 55 Milliarden Euro schweren Bankenrettungsfonds, den die Geldinstitute in der EU seit zwei Jahren befüllen, durch ein weiteres, noch fester geknüpfted Sicherheitsnetz zu ergänzen. Dieses soll helfen, wenn größere Banken in Schieflagen geraten. Unter den Mitgliedstaaten gibt es eine große Mehrheit dafür, damit den ESM und nicht Junckers Kommission zu betrauen.

All das wirkt ziemlich technisch und längst nicht so sexy wie das Europa „ohne rote Linien“, das Macron seinen Zuhörern in Aussicht stellte. Während man die Vorschläge zur Reform der Eurozone, die Kommissionschef Juncker Anfang Dezember vorgelegt hat, geistig bereits zu den Akten gelegt hat, arbeiten viele Länder daran, Macron zumindest symbolisch entgegenzukommen. In den nächsten Monaten besteht die Kunst darin, den großen Wurf des Franzosen mit der deutschen Forderung nach realistischen Lösungen in Einklang zu bringen.

Entscheidender Punkt dabei ist Macrons Forderung nach einem neuen Budget, um EU-Mitgliedern zu helfen, die unverschul-

Fundis gegen Realos

FDP Die Europapolitik spaltet die Liberalen. Auf welche Seite wird sich Parteichef Lindner schlagen?

Wenn einer weiß, welcher Ruf der FDP in Europa vorausseilt, dann ist es Alexander Graf Lambsdorff. 13 Jahre lang vertrat der Neffe des früheren Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff die Liberalen im Europaparlament, am 24. September wurde er in den Bundestag gewählt. Nun wird der Europapolitiker, wo immer er auftritt, auf ein angebliches Zitat des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron über die Bundeskanzlerin angesprochen: „Wenn sie sich mit den Liberalen verbündet, bin ich tot.“

Lambsdorff bezweifelt, dass Macron den Satz so gesagt hat, aber je näher die Gespräche über eine Jamaikakoalition rücken, desto mehr stellt sich die Frage, welchen Europakurs die FDP vertritt. Lambsdorff beschwichtigt: „Die Angst vor der FDP in Europa ist unbegründet. Für uns ist Solidarität kein Fremdwort, sondern ein Grundprinzip der Europäischen Union. Das stellt die FDP nicht infrage.“

Das sehen längst nicht alle Liberalen so. Ihr Wahlprogramm jedenfalls klingt mehr nach Strafen als nach Solidarität.

Es liest sich nicht nur wie eine Absage an die jüngsten Macron-Ideen. Es würde, sollte es umgesetzt werden, große Teile der bisherigen Euro-Rettungspolitik zurückdrehen und womöglich die Gefahr neuer Währungs- und Finanzkrisen heraufbeschwören.

So fordert die FDP ein Austrittsverfahren für überschuldete Staaten aus dem Euro und die Abschaffung des Euro-Rettungsschirms ESM. „Wir müssen in der Eurozone wieder zu dem Grundsatz zurückkehren, dass jedes Land im Prinzip selbst für seine Schulden haftet“, sagt FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms. „Das war der Leitsatz im Maastriicht-Vertrag, der wieder verstärkt zur Geltung gebracht werden muss.“

In Wahrheit streiten bei den Liberalen zwei Flügel um die Zukunft der Währungsunion. „Man könnte ähnlich wie bei den Grünen von Fundis und Realos sprechen“, sagt ein Präsidiumsmitglied.

Solange die FDP in der außerparlamentarischen Opposition war, interessierte sich kaum jemand für den Konflikt. Jetzt aber, wo die Liberalen Interesse angemel-



Vorsitzender Lindner
„Keine neuen Geldtöpfe“

det haben, in einer neuen Regierung den Finanzminister zu stellen, rücken alte, ungelöste Konflikte wieder ins Rampenlicht.

Sieben Jahre ist es her, dass das erste Rettungspaket für das hoch verschuldete Griechenland geschnürt wurde – und die parteiinterne Zerreißprobe begann. 2011 unterlagen die liberalen Gegner eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms knapp bei einem Mitgliederentscheid. Wortführer war damals Frank Schäffler. Der 48-Jährige zieht nun über die nordrhein-westfälische Landesliste erneut ins Parlament ein.

det in eine Wirtschaftskrise geraten. Während sich Schäubles Beamte in ihrem Papier gegen diesen Vorschlag wenden, ist die Stimmung im Rat aufgeschlossener.

Was die Größenordnung angeht, kann Macron allerdings auf wenig Unterstützung hoffen. Während dem Franzosen ganz in der Tradition der Grande Nation ein Budget von mehreren Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone vorschwebt, fallen die Vorstellungen im Rat deutlich bescheidener aus. Ein kleiner Etat in der Größenordnung von deutlich unter einem BIP-Prozent, also unter 100 Milliarden Euro, sei denkbar. Zu einem derart begrenzten EU-Haushalt hat auch Kanzlerin Merkel bereits Zustimmung signalisiert. Schäubles Beamte dagegen bleiben bei ihrer Grundsatzopposition. Eine solche womöglich schuldenfinanzierte „Fiskalkapazität“ würde „nur Zeit kaufen und vergangene Fehler wiederholen“.

Es handle sich um eine Schuldenvergemeinschaftung, die „falsche Anreize setzen, fundamentale rechtliche Fragen aufwerfen und die Stabilität der ganzen Eurozone infrage stellen“ würde, heißt es in dem Papier. Wie sie auch immer genannt würden, für Eurobonds, mit denen



EU-Kommissionschef Juncker
Geistig zu den Akten gelegt

die neue Fiskalkapazität finanziert werden soll, gebe es auf den Finanzmärkten keinen Bedarf. Auch das wird Macron betrüben. Er liebäugelt immer wieder mit Gemeinschaftsanleihen.

Stattdessen plädieren die Deutschen in alter Tradition für beherzte Reformmaß-

nahmen in Mitgliedsländern der Eurozone. „Strukturen sind notwendig, um die Volkswirtschaften zu modernisieren und Anschluss zu halten zum Rest des Währungsraums und an globale Entwicklungen“, schreiben sie.

Wenig halten Schäubles Leute auch von der Idee eines europäischen Finanzministers. „Fiskalische Verantwortlichkeit und fiskalische Kontrolle gehören zusammen“, heißt es in dem Papier. Um dies auf europäischer Ebene mit einem für Einnahmen und Ausgaben verantwortlichen neuen Finanzminister zu erreichen, seien Änderungen der europäischen Verträge erforderlich; dafür gebe es in der EU aber nur wenig Bereitschaft. Auch hier zeigen sich die EU-Staaten flexibel, allerdings schwebt den Verantwortlichen eher eine kosmetische Operation vor. Denkbar sei, dass ein künftiger, hauptamtlicher Euro-Gruppenchef Finanzminister genannt werden könnte. Weil Monsieur le Président es unbedingt will. Das Problem ist allerdings, dass keiner so genau weiß, was zu dessen Aufgaben gehören soll. Ein EU-Diplomat sagt es so: „Was der Kerl ab Dienstagnachmittag machen soll, ist mir ein Rätsel.“

Peter Müller, Christian Reiermann

Vor sechs Jahren warf Christian Lindner, zu der Zeit noch FDP-Generalsekretär, Schäffler vor, dass er die Partei „europapolitisch isolieren“ wolle. Die Parteispitze plädierte für die Einrichtung des Rettungsschirms und gewann den Mitgliederentscheid. „Wer für eine stabile Währung, für sichere Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und Europa ist, sollte den Europäischen Stabilitätsmechanismus unterstützen“, hieß es damals im Antrag des Bundesvorstands.

Ganz anders liest sich das Programm der FDP zur Bundestagswahl 2017. „Um nicht dauerhaft falsche Anreize zu setzen, wollen wir, dass die Ausleihkapazität des ESM kontinuierlich wieder zurückgefahren wird und dieser langfristig ausläuft.“

Lambsdorff wirkt alles andere als glücklich, wenn man ihn auf diese Passage anspricht. Beim Parteitag Ende April warb er für die Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds, eine Position, die sich nun auch in einem Papier von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wiederfindet (Seite 26). Unterstützt wurde er vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Volker Wissing und vom Chef der Europäischen Investitionsbank Werner Hoyer.

Die Gegenrede hielt Solms. Die Pragmatiker um Lambsdorff verloren die Abstimmung. Euro-Rebell Schäffler erfüllt es mit Genugtuung. „Ich finde es gut, dass

sich meine damalige Position zum ESM und zur Eurorettung heute im Wahlprogramm der FDP wiederfindet“, sagt er.

Die Realos hingegen halten die Position für gefährlich. „Man kann argumentieren, aber man darf sich nicht isolieren“, warnt der baden-württembergische FDP-Chef Michael Theurer. „Die FDP muss politikfähig bleiben.“

Tatsächlich ist die Forderung nach Abschaffung des ESM vergleichsweise absurd. Neben der Zusage von EZB-Präsident Mario Draghi, alles zu tun, um die Eurozone zu retten, war es vor allem der neuen Institution zu verdanken, dass die Währungsunion die Krisen der vergangenen Jahre überstand. Ihre Bilanz ist durchaus erfolgreich, vier Länder, denen der ESM Hilfe gewährte, haben den Rettungsschirm bereits wieder verlassen und zählen nun zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Eurozone. Nur Griechenland bereitet weiter Sorgen.

Nicht zuletzt trug der ESM dazu bei, internationale Anleger, aber auch die Bevölkerung in der Eurozone davon zu überzeugen, dass die politische Klasse Europas fest entschlossen ist, den Euro zusammenzuhalten. Der Rettungsschirm übernimmt in der Eurozone die Rolle einer finanzpolitischen Feuerwehr. Und wie im richtigen Leben wäre es unvernünftig, die Feuerwehr abzuschaffen, nur weil es gerade nicht brennt. „Eine Abschaffung des ESM zum gegenwärtigen

Zeitpunkt wäre unverantwortlich“, sagt Theurer. „Dadurch käme die Eurokrise zurück, das kann niemand wollen.“

Parteichef Lindner selbst will sich zu dem Thema nicht äußern. Sein Sprecher teilt mit, es gelte „nach der Wahl, was wir vor der Wahl gesagt haben“. Es sieht so aus, als wolle Lindner den Konflikt zwischen den beiden Euroflügeln so lange wie möglich unter der Decke halten. Zudem könnte ihm die Position der Hardliner helfen, in den schwierigen Jamaikasondierungen andere Forderungen durchzusetzen, zum Beispiel eine Insolvenzordnung für Eurostaaten.

In einer Frage allerdings hat sich Lindner bereits festgelegt. Mit ihm werde es „keine neuen Geldtöpfe“ in der EU geben, so der FDP-Chef. Dahinter kann er nicht mehr zurückgehen, das würden ihm die Euroskeptiker in den eigenen Reihen und viele Wähler verübeln.

Schließlich weiß Lindner nur zu genau, wie schnell sich seine Partei dem Vorwurf des Wahlbetrugs gegenübersehen kann. 2009 hatte die FDP im Wahlkampf ein „einfaches, niedriges und gerechtes“ Steuersystem gefordert und war anschließend an der Union gescheitert. „Wir haben aus der Vergangenheit gelernt“, beteuerte Lindner unlängst – und fügte hinzu: „Natürlich werden wir wieder Fehler machen, aber wir machen sicher nicht die gleichen Fehler ein zweites Mal.“

Michael Sauga, Christoph Schult